

Abhandlungen zum Recht der Internationalen Wirtschaft

Herausgeber:

Prof. Dr. Dörte Poelzig, M. jur. (Oxford)
Universität Passau

Dr. iur. Bernhard Großfeld, LL.M. (Yale)
Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Prof. Dr. Jan von Hein
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Prof. Dr. Otto Sandrock, LL.M. (Yale)
Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Prof. Dr. Ulrich G. Schroeter
Universität Mannheim

Prof. Dr. Dennis Solomon, LL.M. (Berkeley)
Universität Passau

Band 79

Die Risikoverteilung im bargeldlosen
Zahlungsverkehr bei Fehlen eines
Zahlungsauftrags im deutschen und im
taiwanesischen Recht

von

Yen-Pin Lu

Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde
der Juristischen Fakultät der Universität Passau

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliothek; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über

<http://dnb.de> abrufbar.

ISBN: 978-3-8005-1661-2

dfv Mediengruppe

© 2016 Deutscher Fachverlag GmbH, Fachmedien Recht und Wirtschaft, Frankfurt am Main

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Satz: Lichtsatz Michael Glaese GmbH, Hildastraße 4, 69502 Hemsbach

Druck und Verarbeitung: WIRmachenDRUCK GmbH, Mühlbachstraße 7, 71522 Backnang

Printed in Germany

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XXXII
1. Kapitel: Einführung	1
2. Kapitel: Überweisung	
A. Überblick	5
I. Allgemeines	5
II. Fallgruppen des Fehlens eines Überweisungsauftrags	11
1. Erste Fallgruppe: Erteilung eines unwirksamen Überweisungsauftrags	12
a) Erteilung eines Überweisungsauftrags durch einen geschäftsunfähigen oder beschränkt geschäftsfähigen Überweisenden	12
b) Erteilung eines Überweisungsauftrags durch einen Vertreter ohne Vertretungsmacht	14
c) Fälschung oder Verfälschung eines Überweisungsauftrags	15
2. Zweite Fallgruppe: Nachträgliches Fehlen eines Überweisungsauftrags	18
a) Widerruf eines Überweisungsauftrags	18
b) Anfechtung eines Überweisungsauftrags	20
3. Dritte Fallgruppe: Überweisung an falschen Empfänger, Doppelüberweisung, Zuvielüberweisung	27
III. Gang der Untersuchung	30
B. Die auftragsrechtlichen Grundsätze der Risikoverteilung zwischen dem Zahler und seinem Zahlungsdienstleister: Kein Anspruch auf Ersatz der Aufwendungen bei Fehlen eines Überweisungsauftrags	33
I. Die Rechtslage in Deutschland	33
1. § 675u S. 1 BGB als Grundnorm für die Risikoverteilung beim Fehlen eines Überweisungsauftrags	33
2. Anspruch auf Rückgängigmachung der Belastungsbuchung aus § 675u S. 2 BGB	35
II. Die Rechtslage in Taiwan	36
III. Rechtsvergleichende Beurteilung	38
C. Rechtscheinhaftung	39

Inhaltsverzeichnis

I.	Erteilung eines Überweisungsauftrags durch einen geschäfts- unfähigen oder beschränkt geschäftsfähigen Überweisenden.	39
II.	Erteilung eines Überweisungsauftrags durch einen vollmachtlosen Vertreter	41
	1. Die Rechtslage in Deutschland	41
	2. Die Rechtslage in Taiwan	44
	a) Ein Blick auf die Rechtsscheinvollmacht in Taiwan. . .	44
	b) Zurechnung der Zahlung nach den Regeln der Rechts- scheinvollmacht im Einzelnen	49
	3. Rechtsvergleichende Beurteilung	51
III.	Fälschung oder Verfälschung eines Überweisungsauftrags . .	52
	1. Die Rechtslage in Deutschland	53
	a) Rechtsscheinhaftung des Kontoinhabers im Fall der Fälschung bzw. Verfälschung eines beleghaften Über- weisungsauftrags	53
	aa) Rechtsscheinhaftung nach den Grundsätzen des Blankettmissbrauchs	54
	bb) Anwendbarkeit der Regeln des Blankettmissbrauchs auf Fälle der Verfälschung eines Überweisungs- auftrags?	58
	b) Rechtsscheinhaftung des Kontoinhabers im Fall der Fälschung eines beleglosen Überweisungsauftrags (insbesondere beim Online-Banking)	63
	aa) Rechtsscheinhaftung bei missbräuchlicher Nutzung eines Teilnehmer-Kontos im elektronischen Geschäfts- verkehr	64
	bb) Rechtsscheinhaftung in Missbrauchsfällen beim On- line-Banking	70
	c) Ausschluss der Rechtsscheinhaftung des Kontoinhabers nach Inkrafttreten des Zahlungsdiensterechts?	72
	2. Die Rechtslage in Taiwan	77
	a) Ein Blick auf die Vorschrift des Art. 310 Nr. 2 ZGB . .	77
	b) Die Rechtsprechung	80
	c) Das Schrifttum	84
	d) Stellungnahme	85
	3. Rechtsvergleichende Beurteilung	91
IV.	Widerruf eines Überweisungsauftrags	92
	1. Die Rechtslage in Deutschland	93
	a) Die Rechtsprechung	93
	b) Das Schrifttum	95
	2. Die Rechtslage in Taiwan	99

3. Rechtsvergleichende Beurteilung und Stellungnahme	101
a) Gleichstellung mit den Fällen des Widerrufs eines Schecks?	101
b) Gutgläubigkeit des Zahlungsempfängers als maßgebliche Grundlage für die Zurechnung der Zahlung?	104
c) Veranlassungsprinzip als entscheidendes Kriterium für die Zurechenbarkeit des Rechtsscheins?	106
d) Zurechnung der Zahlung nach den allgemeinen Rechts-scheingrundsätzen	109
aa) Widerruf eines Dauerauftrags.	111
bb) Widerruf eines Einzelüberweisungsauftrags	113
V. Anfechtung eines Überweisungsauftrags	117
VI. Überweisung an einen falschen Empfänger, Doppelüberweisung und Zuvielüberweisung	119
1. Die Rechtslage in Deutschland	120
a) Die Rechtsprechung	120
b) Das Schrifttum	122
2. Die Rechtslage in Taiwan	124
3. Rechtsvergleichende Beurteilung und Stellungnahme	125
D. Bereicherungsausgleich	130
I. Bereicherungsausgleich bei den aufgrund des Vertrauensschutzes des überweisenden Zahlungsdienstleisters zurechenbaren Fällen	131
II. Bereicherungsausgleich bei den aufgrund des Vertrauensschutzes des Zahlungsempfängers zurechenbaren Fällen	132
1. Bereicherungsanspruch des überweisenden Zahlungsdienstleisters gegen den Kontoinhaber	132
2. Sonderfrage in Deutschland: Konditionssperre in neuer deutscher Rechtslage?	137
III. Bereicherungsausgleich in nicht zurechenbaren Fällen	147
1. Direktkondition des überweisenden Zahlungsdienstleisters gegen den Zahlungsempfänger	147
2. Sonderfrage in Taiwan: Bereicherungsanspruch des Kontoinhabers gegen den Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers?	150
a) Die Rechtsprechung	151
b) Stellungnahme	153
E. Schadensersatzanspruch des überweisenden Zahlungsdienstleisters gegen den Kontoinhaber (bei Missbrauchsfällen)	156
I. Die Rechtslage in Deutschland	157
1. Fälschung des beleghaften Überweisungsauftrags	158

Inhaltsverzeichnis

2.	Fälschung eines beleglosen Überweisungsauftrags (insbesondere beim Online-Banking)	162
a)	Haftung des Nutzers des Online-Banking infolge der Verletzung der Pflicht zur Aufbewahrung der persona- lisierten Sicherheitsmerkmale	164
b)	Haftung des Nutzers des Online-Banking infolge der Verletzung anderer Pflichten	172
c)	Verminderung und Ausschluss der Schadensersatzhaftung des Nutzers des Online-Banking	173
aa)	Mitverschulden des Zahlungsdienstleisters	173
bb)	Ausschluss der Schadensersatzhaftung	174
d)	Beweisfrage: Anerkennung eines Anscheinsbeweises für die grob fahrlässige Pflichtverletzung des Nutzers des Online-Banking?	177
II.	Die Rechtslage in Taiwan	181
1.	Verschuldensabhängige Haftung des Kontoinhabers aus Art. 227 Abs. 2 ZGB	182
2.	Verschuldensunabhängige Haftung des Kontoinhabers aus Art. 546 Abs. 3 ZGB?	185
a)	Überblick des Art. 546 Abs. 3 ZGB und Problem- stellung	185
b)	Die Rechtslage in Österreich	188
c)	Stellungnahme	193
III.	Rechtsvergleichende Beurteilung	198
 3. Kapitel: Zahlung mittels Kreditkarte		
A.	Überblick	201
I.	Allgemeines	201
II.	Fallgruppen des Fehlens eines Zahlungsauftrags	208
1.	Fälschung eines Zahlungsauftrags	208
2.	Widerruf eines Zahlungsauftrags	210
3.	Erteilung eines Zahlungsauftrags durch einen geschäfts- unfähigen Karteninhaber	215
III.	Gang der Untersuchung	215
B.	Risikoverteilung im Verhältnis zwischen Kreditkartenunternehmen und Vertragsunternehmen (Vollzugsverhältnis)	218
I.	Fälschung eines Zahlungsauftrags durch einen unberechtigten Dritten	218
1.	Einordnung der Zahlungszusage des Kreditkartenunter- nehmens gegenüber dem Vertragsunternehmen	218

a)	Die Rechtslage in Deutschland	218
aa)	Die Rechtsprechung	218
bb)	Das Schrifttum	224
b)	Die Rechtslage in Taiwan	228
aa)	Die Rechtsprechung	228
bb)	Das Schrifttum	231
c)	Rechtsvergleichende Beurteilung und Stellungnahme .	234
aa)	Einsatz der Kreditkarte im Präsenzgeschäft.	234
bb)	Einsatz der Kreditkarte im Distanzgeschäft.	237
2.	Voraussetzungen für die Zahlungspflicht des Kreditkartenunternehmens gegenüber dem Vertragsunternehmen	245
a)	Einsatz der Kreditkarte im Präsenzgeschäft	245
b)	Einsatz der Kreditkarte im Distanzgeschäft	250
3.	Ergebnis	252
II.	Fälschung eines Zahlungsauftrags durch das Vertragsunternehmen	253
III.	Widerruf eines Zahlungsauftrags	253
IV.	Unwirksamkeit eines Zahlungsauftrags wegen Geschäftsunfähigkeit des Karteninhabers.	255
C.	Risikoverteilung im Verhältnis zwischen Kreditkartenunternehmen und Karteninhaber (Deckungsverhältnis).	256
I.	Die auftragsrechtlichen Grundsätze: Kein Anspruch auf Ersatz der Aufwendungen bei Fehlen eines Zahlungsauftrags	256
1.	Die Rechtslage in Deutschland.	256
2.	Die Rechtslage in Taiwan	259
3.	Rechtsvergleichende Beurteilung	262
II.	Rechtsscheinhaftung	262
1.	Fälschung eines Zahlungsauftrags durch einen unberechtigten Dritten	263
a)	Die Rechtslage in Deutschland	263
b)	Die Rechtslage in Taiwan	268
c)	Rechtsvergleichende Beurteilung	271
2.	Widerruf eines Zahlungsauftrags	271
3.	Unwirksamkeit eines Zahlungsauftrags wegen Geschäftsunfähigkeit des Karteninhabers	272
4.	Exkurs: Bereicherungsausgleich.	272
a)	Bereicherungsausgleich bei zurechenbaren Fällen	273
b)	Bereicherungsausgleich bei nicht zurechenbaren Fällen.	274
aa)	Missbrauchsfälle.	274
bb)	Widerruf eines Zahlungsauftrags	276

cc)	Unwirksamkeit eines Zahlungsauftrags wegen Geschäftsunfähigkeit des Karteninhabers	276
III.	Der vertragliche Schadensersatzanspruch des Kreditkartenunter- nehmens gegen den Karteninhaber	282
1.	Die Rechtslage in Deutschland	282
a)	Einsatz der Kreditkarte im Präsenzgeschäft	282
aa)	Die begrenzte Haftung des Karteninhabers bis zu einem Betrag von 150 € (§ 675v Abs. 1 BGB) . . .	282
bb)	Die unbeschränkte Haftung des Karteninhabers (§ 675v Abs. 2 BGB)	285
b)	Einsatz der Kreditkarte im Distanzgeschäft	289
aa)	Distanzverfahren ohne Einsatz des neuen Sicherheits- verfahrens	289
bb)	Distanzverfahren mit Einsatz des neuen Sicherheits- verfahrens	295
c)	Ausschluss der Haftung des Karteninhabers	297
d)	Beweisfrage: Anscheinsbeweis für eine grob fahrlässige Pflichtverletzung?	299
2.	Die Rechtslage in Taiwan	301
a)	Das dispositive Gesetzesrecht	301
aa)	Verschuldensabhängige Haftung des Karteninhabers aus Art. 227 Abs. 2 ZGB	301
bb)	Verschuldensunabhängige Haftung des Kartenin- habers aus Art. 546 Abs. 3 ZGB?	303
b)	Die Musterbedingungen für Kreditkarten	306
aa)	Risikoverteilung beim missbräuchlichen Einsatz der Kreditkarte im Präsenzgeschäft	307
(1)	§ 17 der Musterbedingungen für Kreditkarten	307
(2)	Analyse des § 17 der Musterbedingungen für Kreditkarten	309
(a)	Anerkennung der verschuldensunabhängigen Haftung des Karteninhabers	310
(b)	Haftung des Karteninhabers wegen der Verletzung der Pflicht zur Aufbewahrung der Kreditkarte oder zur Missbrauchsanzeige	311
(c)	Unbeschränkte Haftung des Karteninhabers gemäß § 17 Abs. 4 Halbs. 2 Nr. 1 der Musterbedingungen für Kreditkarten	313
(d)	Unbeschränkte Haftung des Karteninhabers gemäß § 17 Abs. 4 Halbs. 2 Nr. 3 der Musterbedingungen für Kreditkarten?	314

bb) Risikoverteilung beim missbräuchlichen Einsatz der Kreditkarte im Distanzgeschäft	316
(1) § 18 der Musterbedingungen für Kreditkarten	316
(2) Analyse des § 18 der Musterbedingungen für Kreditkarten	316
3. Rechtsvergleichende Beurteilung	319

4. Kapitel: Zahlung mittels Debitkarte

A. Überblick	325
I. Allgemeines	325
II. Fallgruppen des Fehlens eines Zahlungsauftrags	330
1. Fälschung eines Zahlungsauftrags	330
2. Widerruf eines Zahlungsauftrags	331
3. Erteilung eines Zahlungsauftrags durch einen geschäfts- unfähigen Karteninhaber	333
III. Gang der Untersuchung	333
B. Risikoverteilung im Vollzugsverhältnis zwischen Karten- emittenten und Vertragsunternehmen	335
I. Allgemeines: Einordnung der Zahlungszusage des Karten- emittenten gegenüber dem Vertragsunternehmen und Voraussetzungen für die Entstehung der Zahlungspflicht	335
II. Risikoverteilung in einzelnen Fällen	338
1. Missbrauchsfälle	338
2. Widerruf eines Zahlungsauftrags	339
3. Unwirksamkeit eines Zahlungsauftrags wegen Geschäfts- unfähigkeit des Karteninhabers	339
C. Risikoverteilung im Verhältnis zwischen Kartenemittenten und Karteninhaber (Deckungsverhältnis)	340
I. Die auftragsrechtlichen Grundsätze: Kein Anspruch auf Ersatz der Aufwendungen bei Fehlen eines Zahlungsauftrags	340
1. Die Rechtslage in Deutschland	340
2. Die Rechtslage in Taiwan	344
3. Rechtsvergleichende Beurteilung	345
II. Rechtsscheinhaftung	346
1. Die missbräuchliche Verwendung der <i>Original-Debitkarte</i> unter Eingabe der richtigen PIN durch einen unberechtigten Dritten	346
a) Die Rechtslage in Deutschland	346
b) Die Rechtslage in Taiwan	350

Inhaltsverzeichnis

aa)	Die Auffassung der Rechtsprechung in Bezug auf Missbrauchsfälle bei Bargeldabhebung am Geldautomaten	350
bb)	Das Schrifttum	352
cc)	Stellungnahme	353
c)	Rechtsvergleichende Beurteilung	356
2.	Einsatz einer <i>Kartendoublette</i> unter Eingabe der richtigen PIN durch einen unberechtigten Dritten	358
3.	Widerruf eines Zahlungsauftrags	359
4.	Unwirksamkeit eines Zahlungsauftrags wegen Geschäftsunfähigkeit des Karteninhabers	359
5.	Exkurs: Bereicherungsausgleich	360
a)	Bereicherungsausgleich bei zurechenbaren Fällen	361
b)	Bereicherungsausgleich bei nicht zurechenbaren Fällen	362
aa)	Missbrauchsfälle	362
bb)	Widerruf eines Zahlungsauftrags	363
cc)	Unwirksamkeit eines Zahlungsauftrags wegen Geschäftsunfähigkeit des Karteninhabers	364
III.	Der vertragliche Schadensersatzanspruch des Kartenemittenten gegen den Karteninhaber	365
1.	Die Rechtslage in Deutschland	366
a)	Die begrenzte Haftung des Karteninhabers (§ 675v Abs. 1 S. 1 BGB)	366
b)	Die unbeschränkte Haftung des Karteninhabers (§ 675v Abs. 2 BGB)	369
c)	Ausschluss der Haftung des Karteninhabers	378
d)	Beweisfrage: Anscheinsbeweis für eine grob fahrlässige Pflichtverletzung des Karteninhabers	379
aa)	Annahme eines Anscheinsbeweises im Fall der missbräuchlichen Verwendung einer Debitkarte	380
bb)	Erschütterung eines Anscheinsbeweises	386
cc)	Ausschluss eines Anscheinsbeweises aus § 675w S. 3 BGB?	389
e)	Exkurs: Einsatz einer Kartendoublette mit der zugehörigen PIN	392
2.	Die Rechtslage in Taiwan	394
3.	Rechtsvergleichende Beurteilung	397

5. Kapitel: Zusammenfassung

A. Rechtsvergleiche Betrachtung in Bezug auf die Risikoverteilung in einzelnen Fallkonstellationen.....	401
I. Überweisung.....	401
II. Zahlung mittels Kreditkarte.....	408
III. Zahlung mittels Debitkarte.....	414
B. Ausblick für das deutsche und taiwanesisches Recht.....	417
I. Einige Probleme des deutschen neuen Zahlungsdienstrechts	417
II. Rechtspolitischer Ausblick in Bezug auf das taiwanesisches Recht.....	420
Anhang	425
Literaturverzeichnis	431